



Rechtsausschuss

23. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

27. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 15:38 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung: 11

Der Ausschuss kommt mit den Stimmen aller Fraktionen überein, Tagesordnungspunkt 9 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 10 sowie Tagesordnungspunkt 11 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 12 und Tagesordnungspunkt 13 zu beraten.

1 Gespräch mit dem Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen 12

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1418

– Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Michael Kubink

¹ vertraulicher Teil mit TOP 34 s. vAPr 18/40

- 2 Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen** 19
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132
- Ausschussprotokoll 18/289 (Anhörung am 08.08.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.
- 3 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke** 20
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5349
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses zu beteiligen.
- 4 Mit uns wird NRW Stärke zeigen: Die Clankriminalität endlich ganzheitlich bekämpfen – Neue Clans an ihrer Entstehung hindern – Unsere freiheitliche Ordnung verteidigen** 21
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5418
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Innenausschusses zu beteiligen.

- 5 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** **22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, eine Anhörung durchzuführen.
- 6 KI in der öffentlichen Verwaltung erproben und Beschäftigte bei der rechtssicheren Nutzung unterstützen** **23**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5422
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.
- 7 Attraktivitätssteigerung und Modernisierung des Jura-Studiums – NRW braucht den integrierten Bachelor im Studium der Rechtswissenschaften** **24**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5832 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, eine Anhörung durchzuführen.

- 8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** **25**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5834
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 9 Persönliche Daten von unschuldig Verfolgten müssen sicher und für die Betroffenen nachprüfbar gelöscht werden** **26**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5841
- In Verbindung mit:
- 10 Löschung von Daten als Ergebnis staatsanwaltlicher Ermittlungen unter Betrachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1027
- Ausschussprotokoll 18/291 (Anhörung am 09.08.2023)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchzuführen.
- 11 Einsatz von ChatGPT im Justizbereich** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **28**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1022
Ausschussprotokoll 18/281 (Anhörung am 16.07.2023)
- In Verbindung mit:

- 12 Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU/Grün: Welchen Plan verfolgt der Minister bei der Mitwirkung der Justiz bei der KI-Gestaltung in NRW? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1689

In Verbindung mit:

- 13 Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU/Grün: Welchen Plan verfolgt der Minister bei der Sicherung einer verfassungsmäßigen Rechtsprechung in NRW bei der Anwendung von LLM und weiteren KI-Systemen (wie ChatGPT)? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1691 (Neudruck)

– Wortbeiträge

- 14 Kosten für die Einrichtung des elektronischen Rechtsverkehrs bei den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])**

29

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1023

Ausschussprotokoll 18/317 (Anhörung am 22.08.2023)

In Verbindung mit:

Anhörung im Rechtsausschuss zu den Kosten für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bei den Gerichtsvollziehern (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1681

– Wortbeiträge

- 15 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Fortführung der Evaluation des Jugendstrafvollzuges und des zentralen Projektsekretariats mit Anbindung an den Kriminologischen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen** **31**
- Vorlage 18/1550
Drucksache 18/5779
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung.
- 16 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Einrichtung und zum Betrieb der gemeinsamen Koordinierungsstelle nach § 5 der Verordnung zur Einführung von Vordrucken für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren** **32**
- Vorlage 18/1636
Drucksache 18/6018
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung.
- 17 Strafverfolgung von Cum/Ex-Geschäften: Aktueller Sachstand** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1687
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 18 Vakante Stellen in der gesamten Justiz** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **54**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1688
- keine Wortbeiträge

- 19 Missstände in den Justizwachtmeistereien** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **55**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1683
- Wortbeiträge
- 20 Kapazitätserschöpfung in der Sicherungsverwahrung Werl** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **56**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1680
- Wortbeiträge
- 21 Einführung einer Quote für Volljuristen in der Anwaltschaft** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **57**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1678
- keine Wortbeiträge
- 22 Nicht vollstreckte Haftbefehle in NRW zum 31.08.2023** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **58**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1684
- keine Wortbeiträge
- 23 Bezahlung der Lehrkräfte zur Beamtenausbildung der Laufbahngruppe 1.2** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **59**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1675
- Wortbeiträge

- 24 Ist-Zahlen des Haushaltseinzelplans des Ministeriums der Justiz zum 31.08.2023** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **60**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1685
- keine Wortbeiträge
- 25 Finanzielle Überforderung der rechtlichen Betreuer** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **61**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1679
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchzuführen
- 26 Childhood-Häuser NRW** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **62**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1676
- keine Wortbeiträge
- 27 Messerangriff Mönchengladbach** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **63**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1682
- keine Wortbeiträge
- 28 Sachstand Kölner Justizzentrum** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **64**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1686
- keine Wortbeiträge

- 29 Besetzungstreit um Präsidentenstelle des Oberverwaltungsgerichts** **65**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1674
- keine Wortbeiträge
- 30 Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU/Grün: Welchen Plan verfolgt der Minister bei der Verbesserung der Personalsituation auf den Geschäftsstellen in NRW?** **66**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1690
- keine Wortbeiträge
- 31 Das Recht der EU in virtuellen Welten – KOM/EP** **67**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1677
- keine Wortbeiträge
- 32 Bericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen** **68**
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1673
- keine Wortbeiträge
- 33 Verschiedenes** **69**
- keine Wortbeiträge

5 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss – federführend – an den Innenausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses sowie an den Hauptausschuss am 23.08.2023)

StS'in Dr. Daniela Brückner (JM) teilt mit, die EU habe ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Deutschland müsse eine achtstellige Vertragsstrafe zahlen. Ihres Wissens sei die Vertragsstrafe aufgeteilt: Zum einen müsse ein Festbetrag, zum anderen eine gewisse Summe pro Tag gezahlt werden. Einige Bundesländer hätten bereits Landesgesetze verabschiedet. Nordrhein-Westfalen solle nicht als letztes Land handeln.

Dr. Werner Pfeil (FDP) kündigt an, der Obleuterunde möglicherweise eine schriftliche Anhörung vorzuschlagen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, eine Anhörung durchzuführen.

